Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Landtag, 2. Kammer - digitalisiert

Baden / Ständeversammlung

Karlsruhe, 1819 - 1933

47. Sitzung (11.04.1856)

urn:nbn:de:bsz:31-28868

Visual Library

führen werde, durch welches die Petenten vollständig beruhigt werden dürften, und eine Verfügung ergehen werde, um den Uebergang vom alten zum neuen Gesetz möglichst wenig empfindlich zu machen, deßgleichen der Berichterstatter noch das Wort ergriffen hatte, erklärten die Abgeordneten Gerwig und Klauprecht bezüglich ihrer Unterstützung von Fischler's Antrag, daß sie sich bei der Erklärung des Herrn Regierungscommissärs beruhigen, worauf der Abg. Fischler seinen Antrag zurückzog und sich mit jenem des Abg. Bär v. K. vereinigte.

Bei hierauf erfolgter Abstimmung über letztern Antrag ergab sich Stimmengleichheit (25 gegen 25). Durch den Beitritt des Präsidenten wurde derselbe aber zum Beschlusse der Kammer erhoben.

Da sich gegen den Antrag der Commission bezüglich der weiteren Petition der Odenwälder Gemeinden auf Tagesordnung keine Stimme erhob, erklärte der Präsident denselben für angenommen.

Hierauf wurde die heutige Sitzung sofort geschlossen, und die nächste unter Verkündung der Tagesordnung auf Freitag den 11. d. M. Vormittags 9 Uhr anberaumt.

Zur Beurkundung:

Der Präsident
Junghanns.

Der Secretär
Wagner.

XLVII. öffentliche Sitzung der zweiten Kammer der Landstände.

Karlsruhe, den 11. April 1856.

In Gegenwart der Herren Regierungscommissäre: Staatsminister Freiherr von Rüdt, Staatsrath Regenauer, Ministerialdirektor Weizel und Ministerialrath Bär,

so wie

der Mitglieder der Kammer, mit Ausnahme der Abgeordneten: Anderst, Fischer, Nützelberger, Schmalholz und Ullrich.

Unter dem Vorsitze des Präsidenten Junghanns.

Nach eröffneter Sitzung werden durch das Secretariat folgende neue Eingaben angezeigt:

1. Der Gemeinde Hügelsheim, um bessere Einrichtung der Briefposterpeditionen an der Rheinstraße.
2. Vieler Gewerbetreibenden zu Hilsbach, Amts Sinsheim, um Herabsetzung ihrer Gewerbesteuerkapitalien, übergeben von dem Abg. Muth.
3. Des Louis Steurer, Kaufmann in Karlsruhe, um Wiederverleihung seines Staatsbürgerrechts und der Handelsconcession.

Sämmtliche Petitionen werden der Petitionscommission überwiesen.

Hierauf wurden übergeben und im Einverständnisse der Kammer mit Umgehung einer Verlesung sofort zum Drucke befördert:

1. der durch den Abg. Blankenhorn-Krafft erstattete Bericht der Budgetcommission über einen Nachtrag zum außerordentlichen Budget für 1856 und 1857, die Wiederherstellung des Gebäudes des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten betreffend, (4s Beilagenheft, Seite 361 und 362);
2. jener des Abg. Nestler über den Voranschlag des umlaufenden Betriebsfonds für 1856 und 1857, (5s Beilagenheft, Seite 373 und 378);

Badische Landesbibliothek Karlsruhe
Baden-Württemberg

3. jener des Abg. Steinam über das außerordentliche Budget für 1856 und 1857,
(58 Beilagenheft, Seite 379 bis 385).

Der Tagesordnung gemäß folgt nun die Berathung des durch den Abg. Steiner erstatteten, im fünften Beilagenheft Seite 367 bis 371 ersichtlichen Berichts der Budgetcommission, über den Voranschlag für Verzinsung und Tilgung der Staatsschulden für 1856 und 1857. Der Schlußantrag der Commission geßt dahin:

„die Renten nach Abzug der Activzinsen
für 1856 mit . . . . . 898,551 fl. 56 kr.
für 1857 mit . . . . . 897,101 „ 15 „
den Tilgungsfond für 1856 mit 564,105 „ — „
„ 1857 mit 571,310 „ 15 „
und die Verwaltungskosten
für 1856 und 1857 mit je . . 10,750 „ — „
zu genehmigen."

Da nach eröffneter Diskussion sich Niemand zum Worte meldete, erklärte der Präsident diesen Antrag für angenommen, und es wurde sofort übergegangen zur Diskussion des durch den Abgeordneten Kirsner erstatteten, im fünften Beilagenheft Seite 353 bis 354 ersichtlichen Berichts der Budgetcommission über den umlaufenden Betriebsfond der Post- und Eisenbahnbetriebsverwaltung für die Jahre 1856 und 1857.

Die Commission stellt den Antrag:

„dem Voranschlage der Post- und Eisenbahnbetriebsverwaltung, den umlaufenden Betriebsfond betreffend, die Zustimmung zu ertheilen, und nachstehende Positionen zu genehmigen:

1. An dem den 1. Januar 1856 vorhanden gewesenen Rest der Aktiven mit . . . 976,280 fl. 14 kr.
wird der Betrag von . . . 115,390 „ 14 „
der Eisenbahnschuldentilgungskasse als Dotation zugewiesen.
Die Restsumme mit . . . 860,890 fl. — kr.
ist nach dem Voranschlage als Bedarf der Post- und Eisenbahnbetriebsverwaltung zu belassen."

Nach kurzer Bemerkung von Seiten der Abgeordneten Blankenhorn, Friderich, des Berichterstatters und des Herrn Regierungscommissärs Staatsrath Regenauer erklärte der Präsident den Antrag der Commission, da sich gegen diesen selbst kein Anstand erhob, gleichfalls für angenommen. Hierauf wurde der Tagesordnung gemäß zur Wahl des ständischen Ausschusses geschritten und von 55 anwesenden Mitgliedern gewählt:

1. der Abg. Junghanns mit 53 Stimmen,
2. „ „ Kirsner „ 49 „
3. „ „ Schaaff v. M. „ 42 „
4 „ „ Bär v. K. „ 38 „
5. „ „ Nestler „ 29 „
6. „ „ Muth „ 24 „

Die Tagesordnung führte sodann zur Erstattung von Petitionsberichten.

Bissing berichtet über die Bitte des Pfarrers Scherer in Bretzingen, Ehrenkränkung, insbesondere die Begnadigung des Sebastian Hollerbach betreffend.

Der Antrag der Commission auf Uebergang zur Tagesordnung wurde nach kurzer Bemerkung von Seiten der Abg. Artaria und Kirsner von der Kammer angenommen.

Derselbe berichtet ferner über die Bitte der Gemeinde Oberhausen, Amts Philippsburg, um ein neues Gesetz über die Gütererwerbungen.

Der Antrag der Commission geht auf Tagesordnung.

Rettig beantragt:

„die Petition dem Großh. Staatsministerium mit dringender Empfehlung zu überweisen."

Dieser Antrag fand Unterstützung durch die Abgeordneten Rottra und Muth, während die Abgeordneten Artaria, Küßwieder und Gerwig sich für den Antrag der Commission aussprachen.

Nachdem noch der Abg. Allmang und der Berichterstatter das Wort ergriffen hatten, wurde bei der sofort erfolgten Abstimmung der Antrag des Abg. Rettig verworfen und somit der Antrag der Commission für angenommen erklärt.

Derselbe berichtet ferner über die Bitte des Ernst Ludwig Rink von Grenzach, Amts Lörrach, derzeit in Laufen, Kanton Baselland, um Einsetzung in seine bürgerlichen und politischen Rechte.

Der Antrag der Commission auf Uebergang zur Tagesordnung erhielt ohne Erinnerung die Genehmigung der Kammer.

Huber berichtet sofort über die Bitte der Gemeinden Hesselhurst, Altenheim, Dundenheim, Ichenheim, Schutterwald, Griesheim, Müllen, Marlen, Appenweier,

Badische Landesbibliothek Karlsruhe
Baden-Württemberg

Windschläg, Hohnhurst, so wie der Gemeinden des Amts Rheinbischofsheim, um Abänderung des §. 3 des Jagdgesetzes vom 2. Dezember 1850.

Der Antrag der Commission geht auf Tagesordnung.

Nachdem sich an der Diskussion der Herr Regierungscommissär Ministerialdirektor Weizel, die Abgeordneten Spielmann, Rettig, Betzinger und der Berichterstatter betheiligt hatten, ein weiterer Antrag aber nicht gestellt worden, erklärte der Präsident den Antrag für angenommen.

Hiermit wurde die heutige Sitzung sofort geschlossen und die nächste unter Verkündung der Tagesordnung auf morgen Vormittag 9 Uhr anberaumt.

Zur Beurkundung:

Der Präsident
Junghanns.

Der Secretär
Wagner.

XLVIII. öffentliche Sitzung der zweiten Kammer der Landstände.

Karlsruhe, den 12. April 1856.

In Gegenwart der Herren Regierungscommissäre: Staatsrath Frhr. v. Stengel, Ministerialdirektor Weizel und Geheimer Referendär Fröhlich,

so wie

der Mitglieder der Kammer, mit Ausnahme der Abgeordneten: Anderst, Fischer, Nützelberger, Schmalholz und Steinam.

Unter dem Vorsitze des Präsidenten Junghanns.

Die Sitzung wurde eröffnet und durch das Secretariat eine eingekommene Petition

der Bürstenmacher Katharina Hauser Wittwe in Freiburg, um Aufhebung des Hausirhandels mit Bürstenwaaren

angezeigt, worauf

der Präsident der Kammer die Anzeige machte, daß ihm eine Mittheilung des Herrn Ministers des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten zugekommen sei, wornach Seine Königl. Hoheit der Regent geruhen werden, den Landtag auf Samstag den 19. d. M. zu schließen.

Die Tagesordnung führt hierauf zur Diskussion des durch den Abg. Schaaff v. M. erstatteten, im sechsten Beilagenheft Seite 241 bis 248 ersichtlichen Berichts der Commission über den Gesetzesentwurf, über Abänderung verschiedener Bestimmungen des Gesetzes vom 28. August 1835, Regierungsblatt Nr. XLI., des Titels III. Kapitel 5 und des Titels V. des Gesetzes vom 31. Dezember 1831, Regierungsblatt Nr. VIII. von 1832 über die Verfassung und Verwaltung der Gemeinden, die Verwaltung des Gemeindevermögens, insbesondere über die von der ersten Kammer beschlossenen Abänderungen.

Nach eröffneter Diskussion berichtigte zuvörderst der Berichterstatter ein Redaktionsversehen dahin, daß auf Seite 7 des Berichts in den Redaktionsänderungen bei §. 81 statt der Worte:

„Auf Strich der Worte: „und Gemarkungs," so wie des Citats des §. 62"

zu setzen ist:

„Wiederherstellung des §. 81 c. (28) der Gemeindeordnung."

Badische Landesbibliothek Karlsruhe
Baden-Württemberg